

Lothar Binding  
Mitglied des deutschen Bundestages

# POLITIK • DIREKT

AUSGABE 10/2008  
OKTOBER 2008

Inhalt dieser Ausgabe	Seite
Finanzmarktkrise: Vertrauen zurückgewinnen, Stabilität schaffen	1
Afghanistan: Verlängerung des ISAF-Mandats beschlossen	2
Gute Nachrichten für Familien: Kinderförderungsgesetz setzt Maßstäbe	3
SPD nominiert Lothar Binding als Bundestagskandidat	4

## Herausgeber

Lothar Binding, MdB

## Redaktion dieser Ausgabe

Dietmar Erdmeier  
Marco Winteroll  
Martin Bujard  
Norbert Theobald

## Berlin

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030 / 2 27-7 31 44  
Fax: 030 / 2 27-7 64 35  
lothar.binding@bundestag.de

## Heidelberg/Weinheim

Bergheimer Straße 88  
69115 Heidelberg  
Tel.: 0 62 21 / 18 29 28  
Fax: 0 62 21 / 61 60 40  
lothar.binding@wk.bundestag.de

## Website

www.lothar-binding.de



**Liebe Bürgerinnen und Bürger,  
liebe Genossinnen und Genossen,**

die internationale Finanzmarktkrise hat meine Arbeit in den vergangenen Sitzungswochen geprägt. Ich bin froh, dass Parlament und Regierung zügig und entschlossen gehandelt und die beschlossenen Maßnahmen sofort international abgestimmt haben. Wir verfolgen das Ziel, Vertrauen zu schaffen und Schaden von unserem Land abzuwenden. Der „kleine Sparer“, mittelständische Unternehmen und Kommunen dürfen nicht unter der Verantwortungslosigkeit einiger Finanzmarktjongleure leiden. Verantwortung, Vertrauen, Transparenz und Kontrolle sind die Schlüsselbegriffe einer neuen internationalen Finanzarchitektur.

Verantwortung wollen wir auch an anderer Stelle – für den Aufbau Afghanistans – übernehmen. Deshalb haben wir die Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr beschlossen.

Das Kinderförderungsgesetz markiert einen Meilenstein der deutschen Familienpolitik: Kinderbetreuung wird massiv ausgebaut, ab 2013 haben Eltern einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für ihre Kinder ab dem ersten Geburtstag.

Sie und Euch lade ich herzlich zur der Veranstaltungsreihe „Aus der Nähe“ ein. Unser nächster Gast wird der SPD-Parteivorsitzende Franz Müntefering sein:

**Freitag, den 14. November,**

**um 20 Uhr in der Stadthalle Weinheim.**

Zu diesen und anderen Themen komme ich gerne in die Gemeinden, Stadtteile bzw. SPD-Ortsvereine. Ich wünsche viel Spaß beim Lesen und bin wie gewohnt über meine Büros in Heidelberg und Berlin erreichbar.

Viele Grüße,

*Lothar Binding*

## VERTRAUEN ZURÜCKGEWINNEN, STABILITÄT SCHAFFEN

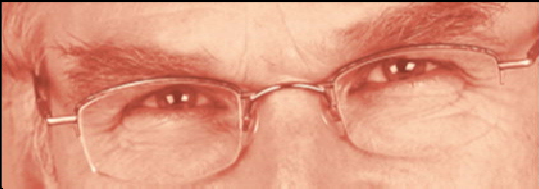
### NEUE VERKEHRSREGELN FÜR DIE FINANZMÄRKTE

Die Hiobsbotschaften von den internationalen Finanzmärkten der letzten Tage und Wochen haben bei vielen Banken einen schockierenden Mangel an Verantwortungsbewusstsein, Selbstdisziplin und internen Kontrollen offengelegt. Die internationale Finanzkrise wird tiefe Spuren hinterlassen. Das Weltfinanzsystem wird multipolarer. Für dieses neue System brauchen wir klare Verkehrsregeln, die Verantwortung neu begründen und Vertrauen wiederherstellen.

Dazu gehören strenge Vorschriften für die Kreditvergabe und das Eigenkapital der Banken, das Verbot rein spekulativer Leerverkäufe, der Aufbau schlagkräftiger Kontroll- und Sanktionsorgane oder verbindliche Standards für eine stärkere Haftung der verantwortlichen Bank- und

Fondsmanager. Bundesfinanzminister Steinbrück hat schon wirksame und praktikable Vorschläge für eine Neuordnung des Weltfinanzsystems vorgelegt.

Auf nationaler Ebene springt der Staat für die angeschlagenen Banken in die Bresche, um die Ersparnisse der Bürger zu schützen, neues Vertrauen unter den Banken zu stiften und die Kreditversorgung für den Mittelstand zu sichern. Dafür sorgt das Finanzmarktstabilisierungsgesetz mit seinem großen Bürgschaftsrahmen. Auch für den Staatshaushalt ist der Stabilisierungsfonds von enormer Bedeutung. Denn wenn Investitionen, Löhne und Gehälter oder der Konsum in Folge der Bankenkrise gefährdet sind, dann werden sich ausbleibende Steuereinnahmen auch negativ auf



unsere Möglichkeiten zur politischen Gestaltung auswirken.

Der Staat erhält mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz Mitspracherechte bei Produkten, Strukturen und Geschäftspolitik von Banken, die die staatliche Hilfe gegen eine Gebühr in Anspruch nehmen können. Der Fonds wird als Sondervermögen eingerichtet, das getrennt vom Bundesetat gehalten wird und über ein Volumen von 80 Mrd. Euro verfügt.

Außerdem können über den Fonds Bürgschaften bis zu 400 Mrd. Euro übernommen werden. Zu diesem Zweck wird auch das bestehende Bürgschaftsvolumen im Bundeshaushalt – das etwa Investitionen deutscher Unternehmen im Ausland absichert – um die gleiche

Summe erweitert. Dabei handelt es sich um einen Verfügungsrahmen für die Bundesregierung, der nur im Bedarfsfall in Anspruch genommen werden soll. Angeschlagene Banken können daraus über unterschiedliche Instrumente bis Ende 2009 mit neuem Kapital versorgt werden, damit diese ihren Verpflichtungen gegenüber privaten Kunden nachkommen und ihre Rolle als Kreditgeber für den Mittelstand nachkommen können.

Institutionelle Absicherungen gegen systemische Risiken auf den Finanzmärkten reichen allerdings nicht aus. Bankvorstände, Wirtschaftsprüfer und Aufsichtsräte müssen neu über ihre persönliche und berufliche Verantwortung nachdenken. Es ist moralisch und ökonomisch verhängnisvoll, wenn sich Ge-

hälter, Bonuszahlungen und Abfindungen von Finanzmanagern nicht nach dem tatsächlich erzielten Gewinn und der Rendite ihrer Investitionen, sondern alleine nach dem Risiko ihrer Geschäfte richten.

Ein funktionierendes Finanzsystem kann nicht auf einer Geisteshaltung errichtet werden, deren Maxime: „Je größer das Risiko, desto höher mein persönlicher Gewinn“ lautet. Wer hohe individuelle Risiken zum eigenen Vorteil in Kauf nimmt, muss auch die Verantwortung für Fehleinschätzungen tragen. Wir brauchen daher internationale Standards für schärfere persönliche Haftungsregeln für Bankmanager.

## **VERANTWORTUNG FÜR SICHERHEIT UND WIEDERAUFBAU IN AFGHANISTAN**

### **VERLÄNGERUNG DES BUNDESWEHR-MANDATS BESCHLOSSEN**

Am 16.10.2008 haben wir den Antrag der Bundesregierung auf Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO beschlossen. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit der Fraktionen von SPD, CDU/CSU und FDP angenommen.

Bisher habe ich allen Afghanistan-einsätzen zugestimmt. Davon ausgenommen war die Entsendung deutscher Tornado-Flugzeuge. Nach Schilderung meiner afghanischen Freunde verwischt dieser Auftrag die klare Trennung des deutschen Engagements im Norden vom Einsatz anderer NATO-Mitglieder in den übrigen Landesteilen.

Im Vorfeld dieser Abstimmung stand ich in engem Kontakt mit afghanischen Freunden, die mir einen realitätsnahen Eindruck von der Situation in ihrem Heimatland vermittelt und von der Wertschätzung des deutschen Engagements in der Bevölkerung berichtet haben.

Unsere Überlegungen sind daraufhin ausgerichtet, in Afghanistan zivile Aufbauprozesse zu ermöglichen und dadurch einen Rahmen zu schaffen, der Terrorismus stetig weiter einengt. Durch bessere Bildungschancen, durch Stärkung der Frauenrechte, durch Ausweitung der zivilgesellschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten, den Aufbau wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Infrastruktur und andere Maßnahmen soll Terrorismus der Boden entzogen werden.

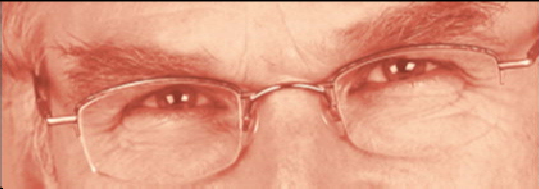
In der Praxis ist diese Aufgabe aber riskant – für die Zivilbevölkerung, für die dort arbeitenden humanitären Organisationen, und nicht zuletzt für dort stationierte Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr. Der Anschlag auf die Bundeswehr am 20. Oktober 2008, bei dem zwei Soldaten und fünf afghanische Kinder ums Leben kamen, hat dies wieder schmerzhaft in Erinnerung gerufen.

Momentan sehe ich allerdings keine Alternative zur Wiederherstellung und Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung durch militärische Präsenz in Nordafghanistan. Ich bin mir dabei des

Dilemmas der Erzwingung von Ruhe und Frieden bewusst. Allerdings habe ich auch keine befriedigende Antwort auf die Frage gefunden, in welchem Zustand sich Afghanistan ohne den militärischen Schutz der internationalen Truppen befände – einen Tag, einen Monat, ein Jahr nach unserem Abzug.

Mit der Verlängerung des Mandats haben wir beschlossen, auch in den nächsten Monaten den Wiederaufbau Afghanistans im Rahmen der internationalen Gemeinschaft und der NATO zu unterstützen. Damit kommen wir der Bitte der afghanischen Regierung nach. Das Mandat wird diesmal für 14 Monate verlängert, damit der 2009 neu zu wählende Bundestag die Möglichkeit hat, über eine weitere Verlängerung zu entscheiden. Die Befristung bis 13. Dezember 2009 gilt aber nur, solange ein Mandat des VN-Sicherheitsrats vorliegt.

Damit Afghanistan mittelfristig auf eigenen Beinen stehen kann, werden die Mittel für den zivilen Wiederaufbau um 75 Prozent auf 140 Millionen Euro pro Jahr bis 2010 erhöht. 2008 ist der Betrag mit 170,7 Millionen höher, weil



das Land neben der brachliegenden infrastrukturalen Situation auch zusätzlich mit einer großen Dürre zu kämpfen hat, wodurch sich die Versorgung mit Nahrungsmitteln verschlechtert.

Wir haben beschlossen, dass das Bundeswehrkontingent auf 4.500 Soldatinnen und Soldaten erhöht wird. Der Hintergrund dafür ist, dass sich Deutschland zukünftig stärker an der Ausbildung

afghanischer Sicherheitskräfte beteiligen wird. Hinzu kommt, dass die 2009 stattfindenden Präsidentschaftswahlen sowie die Parlamentswahlen 2010 militärisch abgesichert werden müssen.

Auch in Zukunft bleibt das Einsatzgebiet deutscher Kräfte schwerpunktmäßig im Norden und in Kabul. Außerdem können die Streitkräfte in anderen Regionen für zeitlich und im Umfang begrenzte Maß-

nahmen eingesetzt werden – aber nur dann, wenn sie zur Erfüllung des ISAF-Gesamtauftrages unabweisbar sind.

Ebenso beteiligt sich Deutschland intensiver am Aufbau der afghanischen Polizei. Bestandteil des deutschen ISAF-Beitrags bleibt der Einsatz der Aufklärungsflugzeuge Tornado.

## GUTE NACHRICHTEN FÜR FAMILIEN

### KINDERFÖRDERUNGSGESETZ SORGT FÜR FLÄCHENDECKENDEN AUSBAU DER KINDERBETREUUNG

In der vorletzten Sitzungswoche haben wir das Kinderförderungsgesetz verabschiedet. Eltern erhalten damit künftig einen verbindlichen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Geburtstag ihres Kindes. Mit der Einführung der flächendeckender Kinder-

geschrieben.

#### Viele zusätzliche Betreuungsplätze

Mit den Finanzmitteln können in den nächsten Jahren mehrere hunderttausend zusätzliche Betreuungsplätze geschaffen

#### Gut für Eltern – gut für Kinder

Zukünftig werden Eltern entlastet, denn die flächendeckenden qualifizierten Kinderbetreuungsangebote verbessern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Davon profitieren insbesondere Mütter, die nicht mehr zwischen Beruf und Familie wählen müssen.

Die Entscheidung für Kinder wird erleichtert, denn junge Eltern bekommen die Möglichkeit, ihre individuell gewünschte Balance aus beruflichen und familiären Bereichen zu leben. Die verbesserten beruflichen Chancen für Eltern sind auch ein wirksamer Schutz vor Armut von Familien mit Kindern.

Denn internationale Studien zeigen, dass sich die Betreuungsinfrastruktur positiv auf die Kinderzahl und die Frauenerwerbstätigkeit auswirkt, was für unsere gesamte Gesellschaft und unsere Sozialsysteme positiv ist.

Von den Investitionen in Infrastruktur und Qualität der Betreuung profitieren viele Kinder ihr ganzes Leben lang. Dies verbessert auch die Chancengleichheit im Bildungssystem – ein Aspekt, bei dem Deutschland im internationalen Vergleich erheblichen Nachholbedarf hat und der ein zentrales Anliegen sozialdemokratischer Familien- und Bildungspolitik ist. Kinder mit Migrationshintergrund lernen dabei frühzeitig die deutsche Sprache, was ein unerlässlicher Baustein für ihre Integration ist.



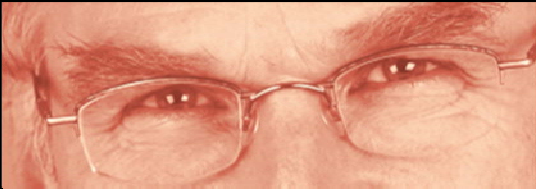
Viel an der frischen Luft: Auch das erwarten Eltern von qualitativer Kinderbetreuung  
Foto: Martin Bujard

betreuung haben wir eine politische Forderung umgesetzt, die die SPD seit vielen Jahren gestellt hat.

Mit der Neuregelung verpflichtet sich der Bund, Ländern und Kommunen zukünftig jährliche Mittel in dreistelliger Millionenhöhe zur Verfügung zu stellen. Bis zum Jahr 2013 werden es insgesamt 1,85 Milliarden Euro sein. Ab 2014 werden die Mittel auf jährlich 770 Millionen Euro angehoben und fortge-

werden, womit sich die Qualität der frühkindlichen Bildung deutlich verbessert.

Dies bedeutet insbesondere intensivere Betreuung in Kleingruppen, bessere Qualifizierungsmöglichkeiten für Erzieherinnen und Erzieher als auch die Stärkung gemeinnütziger Betreuungsanbieter.



## „DAUERHAFTER WOHLSTAND FÜR ALLE AUF HOHEM NIVEAU“

### NOMINIERUNGSKONFERENZ FÜR DEN WAHLKREIS HEIDELBERG – WEINHEIM

Dieses Zitat von Franz Müntefering umreißt sehr treffend meine Vorstellungen einer gerechten und solidarischen Gesellschaft, die auf Wohlstand, Frieden und Freiheit gründet. Ich habe diese Zielsetzung daher zum Leitmotiv meiner Vorstellungsrede bei der Konferenz für die Nominierung des Bundestagskandidaten für den Wahlkreis 274 (Heidelberg-Weinheim) gemacht.

Für das Vertrauen, das mir die rund 150 Delegierten bei der Veranstaltung im Pfaffengrunder Gesellschaftshaus am 27. September entgegenbrachten, bedanke ich mich recht herzlich. Ich betrachte das Wahlergebnis von 91,4% als Auftrag und Ansporn, mich wie in den vergangenen zehn Jahren für die Menschen dieser Region einzusetzen. Mit einem starken Rückhalt in der Partei und klaren politischen Konzepten sind wir zwischen Weinheim und Heidelberg hervorragend für die Bundestagswahl gerüstet.

Die Agenda 2010 war dabei sicherlich das wichtigste, aber auch schwierigste Projekt der letzten Jahre – mit unbestreitbaren Erfolgen wie auch strittigen Aspekten. Zu den Erfolgen gehören der Rückgang der Arbeitslosigkeit von fünf auf drei Millionen Menschen, die deutlich gestiegenen Ausgaben für Wissenschaft und Forschung oder der Ausbau von 230.000 zusätzlichen Krippenplätzen. Allerdings hat das Reformprojekt auch seine Schwachstellen: ich denke etwa an die Neuregelung des Arbeitslosengeld II, das die Situation einiger Sozialhilfeempfänger zwar verbessert hat; einem Teil der längere Zeit arbeitslosen Menschen allerdings geht es schlechter als unter den früheren Regelungen. Dadurch entstehen auch bei Menschen, die Arbeit haben, Ängste und Sorgen vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes.

Eine zentrale Herausforderung der nächsten Jahre ist die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, die auch auf die stark zunehmenden Vermögenserträge der Reichen zurückzuführen ist.

Eine Erbschaftssteuer, die Einnahmen in erster Linie aus Millionenerbschaften erzielt und dringend notwendige Mittel für die Verbesserung der Bil-

dungschancen bereitstellt, ist deshalb unverzichtbar. Die Abschaffung dieser Steuer, die von wirtschaftsliberaler Seite immer wieder gefordert wird, würde die Schere zwischen armen und

gegenwärtige Finanzmarktkrise.

Trotz der insgesamt guten Zusammenarbeit mit der Union in Zeiten der Finanzkrise, treten die Unterschiede zur



Die Landtagsabgeordneten Rosa Grünstein und Hans Georg Junginger gratulieren  
Foto: Norbert Theobald

reichen Menschen allerdings nur noch weiter auseinander gehen lassen. Ich bin allerdings zuversichtlich, dass sich die Koalitionspartner an ihre Zusagen zur Reform der Erbschaftsteuerreform halten und wir dieses wichtige Vorhaben noch in diesem Jahr erfolgreich zu Ende bringen können.

Einen wichtigen Garant für die Erfolge der Großen Koalition auch auf anderen Gebieten stellt die Arbeit der sozialdemokratischen Minister in der Bundesregierung dar. Ich denke etwa an Außenminister Steinmeiers vorsichtiges und diplomatisch durchdachtes Vorgehen im Georgien- oder Irak-Konflikt. Ein wichtiger Stützpfiler und umsichtiger Krisenmanager ist auch Finanzminister Steinbrück, der nicht nur die Haushaltskonsolidierung vorantrieben, sondern auch seit Jahren stärkere Regulierungen der internationalen Finanzmärkte gefordert hat. Wie sehr dies notwendig ist, zeigt die

CDU am deutlichsten in wichtigen Grundsatzfragen zu Tage. Dazu gehören unser Einsatz für gesetzliche Mindestlöhne, der Atomausstieg oder die Weiterentwicklung der Sozialversicherung.

Die sozialpolitischen Verheißungen der Linkspartei sind hinsichtlich ihrer Finanzierbarkeit äußerst schwach auf der Brust. Ihre unhaltbaren Versprechen sind ebenso unseriös wie ihre außenpolitischen Vorschläge, die unsere Verankerung in der internationalen Staatengemeinschaft untergraben. Diese Einbettung ist aber eine wichtige Voraussetzung für dauerhaften Frieden.

Auch für innenpolitische Sachauseinandersetzungen brauchen wir starke Partner, etwa den Schulterchluss mit den Gewerkschaften.